

die Bezeichnung „Chefpräsident“ mißverständlich, da es sich im Unterschied zu 1848 nicht um einen Regierungs-, sondern um einen Kammerpräsidenten handelte.

Auf Kapitel 3, das sich durch den Abschnitt über die Wahlen (darunter die ersten allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen 1867 zum Reichstag des Norddeutschen Bundes) als eines der wichtigsten der ganzen Arbeit darstellt, folgt das nicht minder wichtige Kapitel über „Kirche, Bildung und Kultur“. Die katholische Kirche (die 16 Dekanate im Brombergischen gehörten zu der vereinigten Diözese Gnesen und Posen bzw. zum Bistum Kulm) genoß das Wohlwollen der katholischen Abteilung im Kultusministerium. Die evangelische Kirche (dem Posener Konsistorium unterstehend) wurde ausgesprochen- oder unausgesprochen-ermaßen als verlängerter Arm des preußischen Staates empfunden. Auf dem Schulsektor waren in dem vom Vf. untersuchten Zeitabschnitt beträchtliche Fortschritte festzustellen (die Zahl der Elementarschulen wuchs von rund 700 auf knapp 850); dennoch blieb das Schulwesen hinter dem der alten preußischen Provinzen zurück. Die Unterrichtssprache richtete sich in der Regel nach der Mehrheit der Kinder, die andere der beiden Landessprachen war jeweils Unterrichtsgegenstand. Das Verhältnis der Deutsch- und Polnischsprachigen lag ungefähr bei 50 zu 50, was sich im übrigen auch darin äußerte, daß von den fünf zum Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reiches zu wählenden Abgeordneten die beiden Nationalitäten mindestens zwei und höchstens drei stellten.

Wichtig ist schließlich Kapitel 5 („Verkehr“). Hier werden die Anfänge der preußischen Ostbahn sehr präzise beschrieben. Gerade 1848 begann von Kreuz (Landkreis Czarnikau) aus der Bau einer Eisenbahnlinie in Richtung Bromberg; 1851 konnte König Friedrich Wilhelm IV. die fertige Strecke einweihen. 1871 war Bromberg nach vier Richtungen hin (außer nach Kreuz nach Danzig, Thorn und Posen) mit dem preußischen und europäischen Eisenbahnnetz verbunden.

Die vier übrigen Kapitel dazugenommen („Landwirtschaft“, „Handel, Gewerbe und Industrie“, „Justizeinrichtungen“ und „Militärwesen“), entsteht ein umfassendes Bild der Bromberger Verwaltungstätigkeit zwischen Märzrevolution und Reichsgründung. Eine dankenswerte Bereicherung stellen die erwähnten Eisenbahnkarten sowie zwei Fotos von Bromberger Regierungspräsidenten und eine Karte des Regierungsbezirks aus dem Jahre 1849 dar.

Es ist zu hoffen, daß Walther Hubatsch recht bald die dritte Periode der Bromberger Verwaltungsgeschichte von der Reichsgründung bis zum Versailler Frieden folgen läßt.

Winsen (Luhe)

Jürgen Peter Ravens

Erich Hoffmann: Theodor von Schön und die Gestaltung der Schule in Westpreußen. (Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ost-Mitteleuropas, Nr. 71.) Verlag J. G. Herder-Institut. Marburg/L. 1965. 157 S. „Schulen und gute Wege“ (S. 27) waren für Theodor von Schön nach eigenem Zeugnis der Inbegriff des Fortschritts. Die vorliegende Monographie beschränkt sich auf die Schulen, nachdem die Wege, d. h., die Wirtschaft im weitesten Sinne, bereits in Eduard Wilhelm Mayer ihren Bearbeiter gefunden haben.¹

1) E. W. Mayer: Das Retablissement Ost- und Westpreußens unter der Mit-

Untersucht wird die Zeit von der Rückkehr Westpreußens in den Staat der Hohenzollern nach dem Wiener Kongreß bis zu von Schöns Entlassung aus dem Verwaltungsdienst (1842). Im Jahre 1816 wurde der eben 43jährige Beamte zum Oberpräsidenten in Danzig ernannt, 1824 versetzte ihn König Friedrich Wilhelm III. nach Königsberg: Ost- und Westpreußen (noch bis 1878 bildeten sie die ungeteilte Provinz Preußen) waren nunmehr seiner Leitung anvertraut. Das Kennzeichen der von Schönschen Verwaltungstätigkeit — nicht nur auf dem Gebiet der Schule, aber hier ganz besonders — lag in dem eigentümlich idealistischen Feuer, das sich aus der großen preußischen Reformerepoche bis in die Zeiten des Stillstands, ja der Reaktion in diesem Manne erhalten hatte. Er war einer der engsten Mitarbeiter des Freiherrn vom Stein gewesen. Der Vf. zitiert eine Äußerung von Schöns, worin dieser bekennt, daß er zu Beginn seiner Laufbahn die „Morgenröte in vollem Glanze gesehen“ habe (S. 33).

Bevor in dem westpreußischen Teil der Provinz Preußen und in Posen der Nationalismus das beherrschende Vorzeichen aller Schulpolitik wurde, hat Theodor von Schön noch einmal die Position des Rationalismus bzw. des deutschen Idealismus vorgelebt. Er stand Friedrich dem Großen genau so nahe wie Kant. Wenn er äußerte: „Warschau muß die slawische Sonne werden, so wird auch nach Rußland Licht kommen“ (S. 30), so befand er sich auf der Linie der Schulpolitik, die Friedrich II. verfolgt hatte, als ihm in der ersten polnischen Teilung 1772 Westpreußen zugefallen und die Devise nicht Germanisierung, sondern Kultivierung gewesen war. Zugleich träumte der Königsberger Oberpräsident den schönen Traum der Philosophen und Praktiker seiner Jugendzeit weiter.

Das sehr ausgewogen geschriebene Buch, das teilweise geradezu historiographische Züge trägt, erfüllt sein Thema insbesondere in den Kapiteln 3 („Ringgen um den Aufbau der Schule“) und 4 („Meinungskämpfe um innere Schulfragen“). Wird hier die eigentliche, vorwiegend konfessionelle und sprachliche Problematik ausgebreitet, so wird dort das äußere, statistische Erscheinungsbild beschrieben.

Auch auf dem Felde der Bildung, darauf weist der Vf. immer wieder hin, barg Danzig die bedeutendsten Potenzen innerhalb Westpreußens. Das Zahlenmaterial freilich steht dazu in Widerspruch. In Danzig wurden 1816 40 v. H. der schulpflichtigen Jugend in öffentlichen wie in privaten Lehranstalten unterrichtet (S. 37); nach einem Jahrzehnt von Schönscher Verwaltungstätigkeit lag der Prozentsatz bei 78 (S. 45). Die Zahlen für das gesamte Westpreußen: 1816 43 und 1846 73 v. H. (S. 107). Wenn Danzig 1816 wirklich unter dem westpreußischen Durchschnitt lag, hätte das eines Kommentares bedurft. Die absoluten Zahlen für Westpreußen lauten: 1816 1 035 und 1840 1 850 Volksschulen. Auch was die konfessionelle Aufgliederung der Bevölkerung betrifft, ist das Zahlenmaterial widersprüchlich (S. 15).

In entscheidendem Maße hing die Entwicklung des Schulwesens davon ab, inwieweit es Lehrerbildungsstätten gab. Des Oberpräsidenten liebstes Kind war das Conradinum zu Jenkau bei Danzig, höhere Lehranstalt und Lehrerseminar in einem, Lutheranern und Katholiken gleichermaßen zugänglich. Ein weiteres

wirkung und Leitung Theodors von Schön. (Schriften des Instituts für ostdeutsche Wirtschaft in Königsberg, Bd 1.) Jena 1916.

Seminar bestand in Marienburg. Das Seminar in Graudenz war eine Gründung der katholischen Kirche. Das höhere Schulwesen, hinter dem entweder große protestantische Gemeinden standen (so in Danzig, Thorn und Elbing) oder das die Tradition ehemaliger Jesuitenkollegien fortsetzte (so in Altschottland bei Danzig), streift der Vf. nur.

Die innere Problematik der westpreußischen Volksschulen wird unter insgesamt fünf Aspekten untersucht: 1. Schulordnung: Während seiner langen Dienstzeit wartete von Schön vergebens auf eine neue Schulordnung für die Volksschulen seiner Provinz; erst 1845 nach seiner Entlassung sollte sie kommen. 2. Wehrpflicht der Lehrer: Während der Oberpräsident dafür eintrat, daß sie dienen sollten wie jeder andere Staatsbürger auch, besiegelte Berlin 1827 die Ausnahmestellung der Lehrer. 3. Schulaufsicht: Eine staatliche, fachmännische Schulaufsicht zu fordern, wurde von Schön nicht müde; dessenungeachtet blieb die geistliche Schulaufsicht fest bestehen. 4. Verhältnis zur katholischen Kirche: Bis zu der Neuordnung von 1821 waren in Westpreußen sechs katholische Bischofsstühle berechtigt (Ermland, Gnesen, Kulm, Płock, Posen und Włocławek), danach nur noch Ermland, Kulm und die vereinigte Diözese Posen-Gnesen, wobei nur der Kulmer Bischof innerhalb Westpreußens residierte. Zu Ignatz von Mathy, der in den Regierungen von Marienwerder und Danzig als Schul- und Konsistorialrat tätig gewesen war, bevor er den Kulmer Bischofsstuhl bestiegen hatte, unterhielt von Schön ein gutes Verhältnis. Mit dem Nachfolger, Anastasius Sedlag, kam es zu Spannungen.

Der 5. Gesichtspunkt — Bekenntnis- oder Gemeinschaftsschule — ist der wichtigste; in ihm verdichten sich die konfessionellen Fragen, die meist auch eine sprachliche Komponente haben, weil die Gleichungen deutsch = evangelisch und polnisch = katholisch weithin zutrafen. Als dem aufgeklärten und idealistischen Kopf, der er war, mußte von Schön die Bekenntnisschule ein Greuel sein. Tatsächlich focht er unablässig für die Simultanschule, wenn auch ohne Erfolg. Das Kultusministerium unter Altenstein hatte sich zur Maxime gesetzt, der katholischen Kirche keine Angriffspunkte zu bieten; die prokatholische Richtung, die dann 1841 mit der Einrichtung der Katholischen Abteilung im Kultusministerium fest verankert wurde, war schon in den zwanziger und dreißiger Jahren spürbar. 1822 und 1835 richtete Altenstein die Schulpolitik auf die Bekenntnisschule aus, wobei er sich nicht scheute, eine Kabinettsordre zu manipulieren. Hier ergreift der Vf. leidenschaftlich Partei für von Schön: „Für die volkstums- und bekenntnismäßig gemischten preußischen Ostgebiete erwiesen sich die ministeriellen Winkelzüge von zersetzender Kraft . . .“ (S. 95).

Überhaupt läßt sich sagen, daß der Vf. eigentlich nirgendwo zu verbergen vermag, daß die Epoche, der seine Forschungen gelten, im Grunde auch die eigene geistige Heimat ist. Dieses Engagement hat ihn aber nicht davon abgebracht, eine erfreulich verlässliche Darstellung zu geben. Sein Buch stellt für die preußische Schulgeschichte und darüber hinaus für die deutsche Geistesgeschichte des 19. Jhs. eine ebenso bereichernde wie interessante Arbeit dar.

Das Material zu seiner Untersuchung fand der Vf. vor und nach dem Zweiten Weltkrieg im Stadt- und Staatsarchiv Danzig, im Geheimen Preußischen Staatsarchiv Berlin-Dahlem, im Staatlichen Archivlager in Göttingen, im Deutschen Zentralarchiv, Abteilung Merseburg, sowie in der Bundesanstalt für Landes-

kunde in Bad Godesberg. Wichtig waren ferner von Schöns nachgelassene Schriften² und Briefe.³ Der Band ist mit einer Bibliographie sowie einem Personen- und Ortsregister ausgestattet.

Winsen (Luhe)

Jürgen Peter Ravens

2) Aus den Papieren des Ministers und Burggrafen von Marienburg Theodor von Schön. Bd 1—6, Halle (Saale), Berlin 1875 ff. — Von Friedrich Wilhelm IV. wurde von Schön 1840 zum Minister ernannt. Den Titel Burggraf von Marienburg führte er, weil die Marienburg dank seiner Initiative wieder aufgebaut worden war.

3) Briefwechsel des Ministers und Burggrafen der Marienburg Theodor von Schön mit G. H. Pertz und J. G. Droysen. Herausgegeben von F. Rühl. Leipzig 1896.

Deutsches Lehrerseminar Graudenz 1920—1929. Chronik einer auslandsdeutschen Lehrerbildungsstätte. Hrsg. von Heinz Hawranke und Ernst Widmaier. Selbstverlag d. Graudenzener „Vistula“-Gemeinschaft. Ludwigsburg 1969. 144 S., zahlr. Abb. i. T.

Diese Sammelschrift, an der außer den beiden Herausgebern acht weitere ehemalige Schüler dieser Anstalt gearbeitet haben, bietet mehr, als der Titel erwarten läßt; denn Ernst Widmaier bettet mit seinem Beitrag über „150 Jahre Graudenzener Lehrerbildung“ (S. 9—17) ihre Schicksale in die Gesamtentwicklung der westpreußischen Lehrerbildung seit dem Ausgang des 18. Jhs. ein. Anschließend beschreibt Wilhelm Böttcher den Gang der Ereignisse unter polnischer Herrschaft bis zum Jahre 1929. Weitere Beiträge sind u. a. den Seminarlehrern, den Seminaristen und Seminaristinnen (von Paul Latzke und Rudolf Krause), dem Seminarunterricht, dem Internat (Gerhard Kottke), der Seminarübungsschule (Wilhelm Böttcher), der musikalischen Ausbildung (Heinz Hawranke) gewidmet. Willi Reiff und Ernst Widmaier steuerten neben anderem zwei kurze Betrachtungen über Bedeutung und Leistung dieses Lehrerseminars für die deutsche Volksgruppe in Pommern bei. Das Gesamtwerk schließt mit Verzeichnissen der Seminarlehrer, der Reifeprüflinge, einer Ehrentafel der Toten und Vermissten sowie einer Quellenübersicht.

Marburg a. d. Lahn

Ernst Bahr

Dieter Hertz-Eichenrode: Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919—1930.

Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik. Mit einer Einleitung von Hans Herzfeld. (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd 23.) Westdeutscher Verlag. Köln und Opladen 1969. XVI, 352 S.

So sehr dem einzelnen auch daran gelegen sein mag, das aus eigenem Erleben geborene Erinnerungsbild sich als kostbaren Schatz zu bewahren, so wenig kann sich die Wissenschaft mit der Schwäche des persönlichen Erinnerungsvermögens und subjektiv gefärbten Auffassungen zufrieden geben, insbesondere, wenn es darum geht, für die öffentliche Meinungsbildung oder gar für allgemeinverbindliche Entscheidungen eine tragfähige Grundlage zu schaffen. Die zwischen (subjektiver) Vorstellungswelt und Realität häufig bestehende